



Der dritte Gazakrieg

Israelis und Palästinenser in der Sackgasse?

INGRID ROSS
August 2014

- Drei Kriege haben Israel und die Hamas sowie andere militante Gruppierungen im Gazastreifen zwischen 2008 und 2014 geführt. Insbesondere die Operationen »Cast Lead« (2008/2009) und »Protective Edge« (2014) haben die Zivilbevölkerung hart getroffen, da die Hamas ihre Stellungen in dicht besiedelten Wohngebieten bezog und die israelische Armee unverhältnismäßige Gewalt anwandte.
- Die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens ist eine zentrale Forderung der Palästinenser, die von der Hamas und anderen militärischen Gruppierungen mit Waffengewalt durch diesen Krieg erzwungen werden sollte. Israel führt den Krieg, um Hamas und andere militante Gruppen in Gaza nachhaltig zu schwächen und die Gefährdung durch Raketenbeschuss und mögliche Infiltration durch Tunnel in israelisches Gebiet auszuschließen.
- Noch nie war es für Palästinenser so schwer, an die Verwirklichung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung zu glauben, wie heute. Es bleibt unklar, welche Zukunftsperspektive Israel und die internationale Gemeinschaft den zwischen Mittelmeer und Jordan lebenden Palästinensern bieten.
- Die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Politik sollten sich dafür einsetzen, dass ein gerechter Friede geschaffen wird, damit Israelis und Palästinenser aus dem Kreislauf der Gewalt einen Ausweg finden. Das Scheitern der jüngsten Verhandlungsinitiative über die Zwei-Staaten-Lösung von US-Außenminister Kerry sollte nicht hingenommen werden, denn die wiederholten Kriege führen politisch lediglich in eine Sackgasse.

Seit 2007 sind die Palästinensischen Gebiete, der Gazastreifen und das Westjordanland politisch gespalten. Nach dem Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen 2006 verweigerten die bis dato dominierende säkular-nationalistische Fatah sowie die internationale Gebergemeinschaft der islamistischen Partei die Anerkennung als Regierungspartei. Die in Israel, den USA und Europa als Terrororganisation eingestufte Hamas regierte nach einer gewaltsamen Machtübernahme im Gazastreifen dort sieben Jahre lang. Fatah-Präsident Mahmoud Abbas und der unabhängige Premierminister Salam Fayyad führten über lange Jahre die Regierungsgeschäfte im Westjordanland und verfolgten das Ziel, die Institutionen für die Schaffung eines unabhängigen Staates Palästina zu schaffen. Nach der Machtübernahme der Hamas erklärte Israel den Gazastreifen zum feindlichen Gebiet¹ und verhängte eine Blockade², die nicht nur die Ein- und Ausfuhr von Gütern und Waren betrifft, sondern auch verhindert, dass Palästinenser zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland sowie ins Ausland reisen können. Die internationalen Geber verweigerten die Zusammenarbeit mit der Hamas-Regierung. Während der Gazastreifen unter der Kontrolle der Hamas stand, entlud sich der Konflikt zwischen Israel und militanten Gruppen im Gazastreifen regelmäßig in kriegerischen Auseinandersetzungen: 2008/2009 Operation »Cast Lead«, 2012 Operation »Pillar of Defense« und nun 2014 Operation »Protective Edge«. Auf den Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen wurde bei keiner der Militäroperationen Rücksicht genommen. Hohe Zahlen von Verwundeten und getöteten Zivilisten, die bei den Bombardierungen von dicht besiedeltem Gebiet ohne Schutzräume und Evakuierungsmöglichkeiten bewusst in Kauf genommen werden, sind zum traurigen Markenzeichen dieser Kriege geworden. Insbesondere »Cast Lead« und »Protective Edge« haben die Zivilbevölkerung hart getroffen, da die Hamas ihre Stellungen in dicht besiedelten Wohngebieten bezog und da die israelische Armee unverhältnismäßige Gewalt anwandte.³ Was ist

bei der derzeitigen Runde der Gewalt anders als bei den vorherigen? Und wie lässt sich der Teufelskreis von Hass und Gewalt brechen?

Die Hamas regiert nicht mehr im Gazastreifen

Im April dieses Jahres beendeten Hamas und die PLO-Fraktionen die politische Spaltung mit der Einigung auf eine innerpalästinensische Aussöhnung. Die Hamas-Führung ließ sich vor dem Hintergrund der Schwächung der Gaza-Regierung auf die Versöhnung ein. Während der kurzen Periode der Präsidentschaft Mohammed Mursis, eines Muslimbruders in Ägypten, hatte sie einen raschen Aufschwung erlebt: Die von Israel eingesetzte Blockade fand an der palästinensisch-ägyptischen Grenze in Gaza ein Ventil. Dort war faktisch eine unterirdische Handelszone eingerichtet worden, denn der Waren- und Güterverkehr durch die Tunnel in Rafah florierte. Die Wirtschaft im Gazastreifen profitierte davon ebenso wie die Hamas-Regierung, die Steuern auf das Handelsgut eintrieb. Auch der Personenverkehr über die Grenze zu Ägypten wurde von der ägyptischen Regierung ermöglicht. Täglich überquerten bis zu 1.200 Personen die Grenze. Doch nachdem Mursi abgesetzt und von dem inzwischen zum ägyptischen Präsidenten gewählten damaligen Generalstabschef Armeegeneral Abd al-Fattah al-Sisi ersetzt wurde, wendete sich das Blatt für die Hamas in Gaza. Bereits zuvor hatte das Verhältnis zu den traditionellen Verbündeten – dem syrischen Regime unter Baschar AlAssad und dem Iran – unter der Positionierung der Hamas im syrischen Bürgerkrieg gelitten. Khaled Meschaal, Chef der Exil-Führung der Hamas, musste 2012 seinen Sitz in Damaskus aufgeben, nachdem die Bewegung sich mit den syrischen Muslimbrüdern und somit gegen den Präsidenten positioniert hatte. Die Beziehungen zum Iran waren ebenfalls belastet, auch wenn sie nicht ganz eingefroren wurden. So sah sich die Hamas nach dem nochmaligen Machtwechsel in Ägypten einer erneuten Blockade ausgesetzt und hatte wichtige Verbündete verloren. Finanzschwierigkeiten der Regierung führten dazu, dass sie die Gehälter für die Angestellten in den von der Hamas geführten Verwaltungsinstitutionen im Gazastreifen seit Dezember 2013 nur verzögert bzw.

1. »Security Cabinet declares Gaza hostile territory«, Press Release, Israel Ministry of Foreign Affairs, 19.9.2007. <http://www.mfa.gov.il/mfa/press-room/2007/pages/security%20cabinet%20declares%20gaza%20hostile%20territory%2019-sep-2007.aspx>

2. »Commercial Closure: Deleting Gaza's Economy from the Map«, Gisha, Legal Center for Freedom of Movement, July 2007. http://www.gisha.org/UserFiles/File/publications_english/Commercial-Closure-Deleting-Gaza-Economy-from-the-Map-Eng.pdf

3. »Cast Lead« (27. Dezember 2008 – 18. Januar 2009) forderte Angaben der israelischen Armee (IDF) zufolge 1.166 Tote (davon 457 Zivilisten), Angaben des Palestinian Center of Human Rights (PCHR) zufolge 1.419 Tote auf palästinensischer Seite (davon 1.167 Zivilisten). Später korrigierte Hamas-Führer Fathi Hamad die Zahl der getöteten Hamas-Kämpfer auf

600–700. http://www.huffingtonpost.com/alan-dershowitz/finally-a-hamas-leader-ad_b_798429.html. Gemäß IDF-Angaben wurden 13 Israelis (davon 3 Zivilisten) getötet. »Protective Edge« (7.7.2014 – bis Redaktionsschluss nicht offiziell beendet) forderte PCHR zufolge, (7.8.2014) mehr als 1.900 Tote (1.626 Zivilisten). Es starben 67 Israelis (davon drei Zivilisten).

nicht in voller Höhe auszahlen konnten. Gleichzeitig verschlechterte sich die Strom- und Wasserversorgung des Gazastreifens rapide. Regelmäßige Stromausfälle und Überflutungen von ganzen Straßenvierteln mit Abwasser machten offensichtlich, dass die Hamas-Regierung mit der Bereitstellung der öffentlichen Güter und der Bewältigung der Probleme wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit des Gazastreifens überfordert war. Auch die Belebung der Wirtschaft in Gaza gelang der Hamas nicht unter den Bedingungen der Blockade. Ihr öffentlicher Rückhalt sank, wie Meinungsumfragen belegen. Im April 2014 schenkten nur noch 25 Prozent der Bevölkerung der Hamas ihr Vertrauen, Fatah hingegen 42 Prozent.⁴ Für Präsident Abbas schien der Moment daher günstig, die Versöhnung mit der Hamas erneut anzugehen. Nach der Übertragung der Regierungsverantwortung in Gaza von der Hamas auf die aus Technokraten bestehende neue Regierung steht zu erwarten, dass die islamistische Bewegung sich auf ihre Rolle als Widerstandsbewegung besinnt und sich aus der Gestaltung der alltäglichen Politik in den besetzten Gebieten zurück zieht. Damit sehen sich die Exilführung und der militärische Flügel gestärkt. Die politische Hamas-Führung in Gaza unter Premierminister Ismael Haniyeh, die moderatere Positionen vertreten hatte, wurde hingegen geschwächt.

Die Regierungsgeschäfte in den Palästinensischen Gebieten werden nun von der im Juni eingeschworenen neuen technokratischen Übergangsregierung unter dem Premierminister Rami Hamdallah geführt. Die Hamas hat sich auf diese Weise der Regierungsverantwortung entzogen. Mit der innerpalästinensischen Versöhnung ist Israels Einstufung des Gazastreifens als »feindliches Gebiet« eigentlich hinfällig geworden, denn diese basiert auf der Annahme, dass die von Israel als Terrororganisation eingestufte Hamas dort regiert. Die Regierungsgewalt der technokratischen Übergangsregierung erstreckt sich nun jedoch auch auf den Gazastreifen. Der israelischen Blockade, die die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen trifft, ist damit die theoretische Grundlage entzogen worden. Auch politisch ist die Blockade unhaltbar: Ursprünglich beabsichtigte die israelische Regierung dadurch, die Hamas-Regierung zu schwächen und zum Rücktritt zu zwingen bzw. die Menschen im Gazastreifen zur Rebellion gegen die Hamas anzustacheln. Vor dem Gazakrieg war diese Strategie, die ein florierendes

Westjordanland einem darbdenden Gazastreifen gegenüberstellen wollte, bereits aufgegangen und hatte wie beschrieben zur Schwächung und Kapitulation der Hamas-Regierung geführt.

Wandel der Rolle der Hamas

In einem Punkt jedoch war die Hamas erfolgreich: Bei der Herstellung von innerer Sicherheit und Aufrüstung. Der Gazastreifen erlangte in der Vergangenheit traurige Berühmtheit durch Rivalitäten unterschiedlicher Clans, Banden und militanten Gruppen. Vor der Machtübernahme der Hamas waren Entführungen im Gazastreifen keine Seltenheit. Nachdem die Hamas sprichwörtlich das Heft in die Hand nahm, stellte sie ein weitgehendes Gewaltmonopol her.⁵ Die Kehrseite der Medaille war eine immer stärkere Militarisierung, die sich gegen Israel richtet. Nicht nur das Waffenarsenal mit in Gaza fabrizierten sowie importierten Raketen wurde in dieser Zeit vom militärischen Arm, den Izz ad-Din al-Qassam Brigaden, aufgestockt. Es entstand auch ein weit verzweigtes Tunnelnetzwerk an der Grenze zu Israel und vermutlich auch Schutzbunker für die politische Führung im Gazastreifen selbst. Nach dem Waffenstillstand im Anschluss an Operation »Pillar of Defense«, der von Ägypten im November 2012 vermittelt wurde, sorgte die Hamas-Regierung sehr effektiv dafür, dass an der Grenze zu Israel Ruhe herrschte. In dieser Zeit reduzierte sich der Raketenbeschuss auf nahezu null.

Seit der Abdankung der Hamas-Regierung gibt es keine Instanz im Gazastreifen mehr, die den militanten Flügel der Hamas oder andere Milizen eindämmen wollte. Die Gruppierung Islamischer Dschihad und andere Milizen haben im Vorfeld der Operation »Protective Edge« keine Zurückhaltung walten lassen und unkontrolliert Raketen auf Israel abgeschossen, denn der Sicherheitsapparat der Hamas sah sich nicht verpflichtet, vorherige Vereinbarungen mit Israel weiterhin einzuhalten. Als die israelischen Militäraktionen nach der Entführung der drei israelischen Jugendlichen sich im Westjordanland explizit gegen die Hamas wandten und zudem bei einem Luftangriff im Gazastreifen sechs Polizisten der Hamas starben, beteiligte sich auch diese an der Gewaltoffensive mit Raketenbeschuss auf Israel. Auch wenn in den Medien von einem Krieg zwischen Israel und der Ha-

4. »Poll No. 81, April 2014 – Prolonging Negotiations, Reconciliation, Dahlan and Barghouti«, Jerusalem Media and Communications Center. 27.4.2014. http://www.jmcc.org/documents/81_April_2014_english_with_Charts.pdf

5. Nicht alle militanten Gruppierungen haben ihre Waffen abgegeben, doch kontrollierte die Hamas den Einsatz dieser Waffen weitestgehend.

mas die Rede ist – die Gefechte werden in Gaza von verschiedenen militanten Gruppierungen, nicht nur vom militärischen Flügel der Hamas geführt. Die Wiederherstellung eines Gewaltmonopols sollte daher im Interesse aller liegen, die diesen Krieg beenden wollen. Die Zerschlagung der Hamas wäre kein guter Ausgangspunkt, um Sicherheit in und um Gaza herzustellen.

Während des Krieges hat die Hamas großen Zuspruch von der palästinensischen Öffentlichkeit im Westjordanland erhalten. 85 Prozent der Befragten waren der Auffassung, dass die Hamas eine positive Rolle im Krieg spielte.⁶ Die Popularität der Hamas ist – trotz der enormen Zerstörung und Verluste, mit denen der Krieg einherging – gestiegen. Dies legt den Schluss nahe, dass die Hamas auch künftig eine wichtige Rolle auf der palästinensischen Bühne spielen wird. Im Vordergrund stehen dabei weniger die Regierungsgeschäfte der Palästinensischen Autonomiebehörde in den besetzten Gebieten, sondern das Entscheidungsgremium der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO. Die PLO gilt noch immer als einzig international anerkannte und legitime Vertretung aller Palästinenser im In- und Ausland. Das Versöhnungsabkommen mit Fatah und anderen PLO-Fraktionen sieht auch vor, dass die Hamas, Islamischer Dschihad und Al Mubadara in die PLO aufgenommen werden. Auch in dieser Hinsicht wird die Hamas daher künftig Mitsprache in israelisch-palästinensischen Verhandlungen haben.

Die Palästinenser sind geschlossener denn je – auch dies- und jenseits der Grünen Linie

In den vorangegangenen Kriegen bestand ein gewisses Maß an Solidarität der Palästinenser im Westjordanland mit denjenigen, die im Gazastreifen unter Hamas-Herrschaft, der Blockade, Drohnen-Überwachung und während der Kriege den israelischen Bombardierungen ausgeliefert waren. Doch im gegenwärtigen Konflikt hat diese Solidarität eine neue Qualität angenommen. Dem Krieg ging eine breit angelegte Militäraktion («Brothers Keeper») im Westjordanland voran, unter der nicht nur die Hamas, sondern auch andere Bevölkerungsteile und zivilgesellschaftliche Organisationen litten. Ziel der Operation war es, die drei entführten Jugendlichen ausfindig zu machen, die mutmaßlich von Hamas-Mitgliedern

in der Nähe von Hebron verschleppt wurden.⁷ Daher fühlen sich nun auch die Palästinenser in dem Rest der besetzten Gebiete direkt betroffen. Die Militäraktionen dienten nach Ansicht der Palästinenser dazu, sie kollektiv für die palästinensische Versöhnung zu bestrafen. Seit Beginn der Operation in der Westbank bis zum 17. Juli wurden insgesamt 1.146 Personen inhaftiert, über 400 Personen befinden sich noch in Administrativhaft, u. a. der Parlamentssprecher Aziz Dweik und andere Parlamentsabgeordnete. Damit stieg die Zahl der in israelischen Gefängnissen inhaftierten um 20 Prozent. Diese Zahl zeigt das Ausmaß, in dem die Bevölkerung im Westjordanland betroffen ist. Demonstrationen im Westjordanland haben noch nicht das Ausmaß einer neuen Intifada erreicht – die häufigen und heftigen Zusammenstöße zwischen israelischem Militär bzw. Polizei und palästinensischen Demonstranten haben aber bereits viele Verletzte und mehr als 15 Tote gefordert.⁸ Erstmals haben auch Kräfte der Fatah die Proteste unterstützt, so zum Beispiel Dr. Mohammed Shtayyeh und Mohammed AlAloul, beide Mitglieder des Exekutivkomitees der Fatah. Sie beteiligten sich am Aufruf zur Demonstration am 24. Juli, dem »Tag des Zorns zur Unterstützung Gazas«, an der palästinensischen Angaben zu Folge ca. 20.000 Menschen teilnahmen. In der Vergangenheit hatten die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde Proteste kontrolliert und eingedämmt.

Auch Palästinenser, die als arabische Minderheit inzwischen knapp 21 Prozent der Bevölkerung Israels ausmachen, protestieren gegen die Operation im Gazastreifen.⁹ Anti-Kriegsdemos in Haifa und Nazareth erhielten großen Zulauf von israelischen Arabern. Rassismus und Hass auf Araber in der israelischen Gesellschaft und anti-israelische und verachtende Einstellungen auf Seiten der Palästinenser dies- und jenseits der Grünen Linie haben ein solches Ausmaß erreicht, dass kaum vorstellbar ist, wie das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen künftig funktionieren soll. Aufgrund anti-israelischer Facebook-Kommentare wurde israelischen Arabern die Kündigung von ihren Arbeitgebern ausgesprochen, da sie Schaden-

6. »The War on Gaza«, Awrad Public Opinion Poll, 23.7.2014. <http://www.awrad.org/page.php?id=SsYi7tPctYa9859017A3LaYpcXaxu>

7. Mittlerweile hat der israelische Polizeisprecher Micky Rosenfeld erklärt, die Entführer hätten unabhängig und nicht im Auftrag der Hamas-Führungsspitze fungiert. »Claim that Hamas killed 3 teens is turning out to be the WMD of Gaza onslaught«, Adam Horowitz, Phil Weiss, *Mondoweiss*, 26.7.2014. <http://mondoweiss.net/2014/07/killed-turning-onslaught.html>

8. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, www.unocha.org

9. »Thousands protest against Gaza operation in Tamra«, *Ynet News*, 3.8.2014. <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4553852,00.html>

freude über den Tod israelischer Soldaten ausdrückten. Übergriffe von aufgestachelten Israelis auf Palästinenser in der Öffentlichkeit sind keine Seltenheit und haben in dem Fall von Mohammed Abu Khdeir in Jerusalem sogar zu brutalem Mord geführt. Gleichzeitig finden Angriffe von Palästinensern in der Öffentlichkeit auf Israelis statt.

Die Solidarität unter den Palästinensern hat über Partei- und Gesinnungsgrenzen hinweg ihren Ausdruck darin gefunden, dass alle PLO-Fraktionen (allen voran Fatah) sich den Forderungen der Hamas für einen zehn-jährigen Waffenstillstand angeschlossen haben, die diese eine Woche nach Beginn des Krieges vorgelegt hatte: Sie verlangen neben dem Abzug der israelischen Truppen auch die Aufhebung der Blockade und Öffnung von See- und Luftfahrtwegen unter internationaler Kontrolle sowie das Recht, über die palästinensische Versöhnung selbst bestimmen zu können.¹⁰ Präsident Abbas hat sich diese Forderungen wohl auch deshalb zu Eigen gemacht, da absehbar ist, dass sowohl Israel als auch die USA nach dem Ende der Kampfhandlungen die Verantwortung für den Gazastreifen in seine Hände legen wollen. Die Harmonie zwischen Hamas und Fatah könnte jedoch nur von kurzer Dauer sein, da abzusehen ist, dass die vollständige Entwaffnung der Hamas auch im Interesse der Fatah liegt. In der Vergangenheit war Abbas kaum für die Belange der Einwohner des Gazastreifens eingetreten, obwohl diese doch mehr als ein Drittel der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten ausmachen. Dass er nach der Ernennung der neuen technokratischen Konsens-Regierung dem Gazastreifen nicht unmittelbar einen Besuch abstattete wurde von der dortigen Bevölkerung ebenfalls kritisch registriert. Nach dem Ende des derzeitigen Krieges könnte er die Präsenz der palästinensischen Führung in Gaza auf ein neues Fundament stellen. Seine Zurückhaltung im Gazakrieg hat Abbas jedoch viele Sympathiepunkte gekostet.

Dissens über israelischen Militäroperation: Zerstörung der Tunnel oder der Hamas

Wie in den vorangegangenen Gazakriegen auch, gab es während des Krieges im Juli hitzige Diskussionen im israelischen Sicherheitskabinett über die Ziele der Militäroperation. Zu Beginn der Operation war das Ziel laut

Regierungsangaben die Zerstörung von Abschussrampen und Waffenlagern sowie des Tunnelnetzwerks, das eine Gefahr für Israel darstellte. Die militanten Gruppen im Gazastreifen verfügen über ein Raketenarsenal, das mittlerweile nicht nur die in der ländlichen Umgebung des Gebiets lebende israelische Bevölkerung gefährdet, sondern auch für die Bevölkerung in den wirtschaftlich bedeutsamen Ballungszentren Tel Aviv, Jerusalem und sogar Haifa bedrohlich ist. Den Besitz weitreichender Raketen hat die Hamas in den ersten Wochen des aktuellen Krieges bereits bewiesen, als auch Jerusalem unter Beschuss kam. Zwar verfügen die Raketen über keine große Zielgenauigkeit und Sprengkraft, doch will die israelische Regierung nicht hinnehmen, dass die eigene Bevölkerung dem Beschuss ausgeliefert ist. Soweit war die israelische Militäroperation für die europäischen Regierungen und die USA nachvollziehbar, wenn auch die Verhältnismäßigkeit mit dem raschen Anwachsen der zivilen Opferzahlen in Gaza zunehmend in Frage gestellt wurde. Proteste von einzelnen europäischen Regierungen nahmen an Schärfe zu und beschränkten sich nicht auf diplomatische Verurteilungen, sondern zogen in dem Fall Spaniens sogar das Einfrieren von Waffenexporten an Israel nach sich.¹¹

Bereits in den vorangegangenen Kriegen stand die Zerstörung der Hamas-Infrastruktur im Mittelpunkt der israelischen Militäroperationen. Israelische Kritiker beklagten jedoch jeweils nach der Beendigung von »Cast Lead« und »Pillar of Defense«, solange die Hamas in Gaza regiere, sei ein dauerhafter Frieden nicht möglich, da die Bewegung die Vernichtung Israels zum Ziel habe. Aussagen von hochrangigen Hamas-Funktionären wie dem Chef der Exilführung Khaled Meschaal, der im November 2012 die Bereitschaft der Hamas zur Zwei-Staaten-Lösung erklärte, wurden von der israelischen Regierung ignoriert.¹² Der eigenen Klientel in Gaza versicherte Meschaal allerdings wenige Wochen darauf, die Hamas werde keine territorialen Kompromisse eingehen.¹³ Hardliner im israelischen Kabinett wie Wirtschaftsminister Naftali Bennett und Außenminister Avigdor Lieberman argumentierten

10. »Report: Hamas, Islamic Jihad offer 10-year truce«, *Maan News*, 17.7.2014. <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=713579>

11. »Spain freezes arms exports to Israel over Gaza op«, Barak Ravid, *Haaretz*, 5.8.2014. <http://www.qudspress.com/?p=157850>

12. Die Frage der Anerkennung Israels würde sich erst dann für die Hamas stellen, wenn Israel einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zugestimmt hätte. »CNN's Amanpour: Israel-Hamas Cease Fire, Interview with Hamas Political Leader Khaled Meshall«, 21.11.2012. <http://edition.cnn.com/TRANSCRIPTS/1211/21/ampr.01.html>

13. »Hamas leader to Gaza residents: May you bring down Netanyahu as you did Barak«, *Haaretz*, 9.12.2014. <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/hamas-leader-to-gaza-residents-may-you-bring-down-netanyahu-as-you-did-barak-premium-1.483696>

daher, man müsse die Hamas komplett zerschlagen und auf unbestimmte Zeit unschädlich machen, um Israels Sicherheit zu garantieren. Dies wäre jedoch mit hohen menschlichen und ökonomischen Kosten verbunden. Eine gezielte Tötung der Hamas-Führung würde das Risiko beinhalten, dass der Gazastreifen ins Chaos abgleitet. Die israelische Regierung hat den von Bennett und Lieberman vorgeschlagenen Weg nicht weiter beschritten und die Kampfhandlungen nach der – nach eigenen Angaben – erfolgreichen Zerstörung aller Tunnel an der Grenze zu Israel eingestellt. Der Beschuss mit Raketen aus dem Gazastreifen Minuten bevor der Waffenstillstand am 5. August in Kraft trat zeigt, dass das Ziel, die militärischen Kapazitäten der Hamas zu zerstören, nicht erreicht wurde. Israelische Strategen fordern nun in den Verhandlungen die vollständige Demilitarisierung des Gazastreifens.

Suche nach tragfähigen Lösungen

Beide Seiten – Israelis und Palästinenser – waren in diesem Krieg bereit, große Opfer zu bringen. Die Hamas zeigte sich überzeugt, dass Israel auf friedlichem Wege nicht dazu zu bewegen ist, Zugeständnisse zu machen und die Blockade zu lockern. Langfristig verfolgt sie ebenso wie Präsident Abbas das Ziel eines unabhängigen Staates Palästina. Aus ihrer Sicht ist Präsident Abbas mit seinem Ansatz der friedlichen Verhandlungen mit Israel der Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung der Palästinenser nicht näher gekommen. Dies belegte in ihren Augen das Scheitern der Kerry-Initiative im April 2014. Zumindest kurzfristig hatte die Hamas nach dem Krieg 2012 nach eigener Interpretation einen Punktsieg gegenüber Israel errungen. Auch die derzeitigen Verhandlungen in Kairo, die während der ersten dauerhaften Feuerpause geführt werden, wertet die Hamas bereits als einen Sieg – trotz der großen Zerstörung und hohen Opferzahlen, die der Krieg gebracht hat. Ihr Ziel ist es, eine Änderung der Blockadepolitik zu bewirken. Auch Israel hat ein Interesse an ernsthaften Fortschritten, die Kriegsspirale brechen, um einen weiteren Krieg nach dem gleichen Muster zu vermeiden. Die Verhandlungen in Kairo sind entscheidend darüber, ob der Waffenstillstand hält und langfristig in einen dauerhaften Frieden übersetzt werden kann.

Zunächst ist es auch in Israels Interesse, dass Präsident Abbas künftig die Regierungsverantwortung für den Gazastreifen übernimmt und gemeinsam mit der in-

ternationalen Gemeinschaft dafür sorgt, dass das Gebiet eben nicht zu einem unregierbaren Rebellengebiet wird. Welche Sicherheitsarrangements im Gazastreifen getroffen werden und wie der militärische Arm der Hamas sich positioniert, wird in den Verhandlungen entscheidend sein. Bislang wurde Abbas von der Hamas in Gaza lediglich der Einsatz von eigenen Sicherheitskräften an den Grenzübergängen in Aussicht gestellt. Ein Blick in die Region zeigt auch, dass das Ausklammern der Hamas riskant wäre: US-amerikanische Experimente zur Ausmerzung von AlQaida in Afghanistan oder zur Demokratisierung des Irak mit Waffengewalt sind gescheitert. Dort ist heute vielmehr mit dem »Islamischen Staat« eine noch radikalere, religiöse Gruppierung auf dem Vormarsch. Doch es gilt nicht nur Lösungen für ein Sicherheitsarrangement zu finden, sondern auch die Lebensbedingungen im Gazastreifen nachhaltig zu verbessern und den dort lebenden 1,8 Millionen Menschen eine Perspektive zu bieten. Die langjährige Blockade und drei Kriege in sechs Jahren haben tiefe physische und psychische Spuren hinterlassen. Die UN kam bereits 2013 – vor dem derzeitigen Krieg – zu der Einschätzung, dass das Küstengebiet aufgrund von Versorgungsproblemen im Jahr 2020 nicht mehr bewohnbar sein wird.¹⁴ Im Krieg ist weitere Infrastruktur wie das einzige Elektrizitätswerk in Gaza zerstört worden, so dass selbst nach der Reparaturarbeit an Import-Stromleitungen nur 35 Prozent des Strombedarfs gedeckt werden können. Die internationale Gemeinschaft hat bereits während des Krieges Gelder für den Wiederaufbau des Gazastreifens bereitgestellt. Die Kosten für den Wiederaufbau werden von palästinensischer Seite auf ca. 5 Milliarden Euro geschätzt. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deutlich gemacht, dies sei »das letzte Mal«, dass die internationale Gemeinschaft beim Wiederaufbau Gazas helfen wolle. Damit setzte er einen starken Appell an beide Konfliktparteien, die Spirale der Gewalt zu brechen.

Suche nach einem vertrauenswürdigen Mittler

Der Gazakrieg 2014 dauerte auch deshalb so lang, weil ein vertrauenswürdiger Vermittler fehlte. Der Waffenstillstand, der den Krieg 2012 nach acht Tagen beendete, war auf Vermittlung von Ägypten entstanden, einem Land, das nach dem Arabischen Frühling von einem Prä-

14. »Gaza in 2020 – A livable Place?«, UNRWA, August 2012. <http://www.unrwa.org/userfiles/file/publications/gaza/Gaza%20in%202020.pdf>

sidenten der Muslimbrüder geführt wurde. Anderthalb Jahre später ist das Vertrauen gegenüber Ägypten seitens der Hamas rapide gesunken: Nach dem Coup durch das Militär und der Inthronisierung von Präsident Abdel Fatah AlSisi ist die Muslimbruderschaft dort verboten, führende Vertreter wurden zum Tode verurteilt. Gleichwohl werden salafistische Parteien weiterhin im politischen System geduldet. Ägyptens und Israels Interessen vis-à-vis der Hamas sind daher ähnlich gelagert. Im letzten Jahr hat Ägypten den unterirdischen Schmuggelhandel mit Waren und Personen an der Grenze durch über tausend Tunnel zu Gaza zerstört und die Blockade größtenteils wiedererrichtet. Zwar ist die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung in Ägypten anti-israelisch, doch sind in großen Teilen der Bevölkerung auch die Muslimbrüder diskreditiert. Im März war die Hamas von einem ägyptischen Gericht verbannt und Besitz konfisziert worden. Aus innenpolitischen Erwägungen wäre eine langfristige Schwächung der Hamas auch im Sinne Ägyptens.

In anderen Konfliktherden in der Region hat sich eine Allianz zwischen Saudi Arabien, den Vereinigten Emiraten und Ägypten gebildet, die der Muslimbruderschaft feindselig gegenüberstehen. Daher wundert es wenig, dass die Hamas andere Vermittler wie beispielsweise den Golfstaat Katar oder die Türkei bevorzugte. Katar unterstützt nicht nur die Hamas, sondern auch die Muslimbruderschaft in Ägypten, Libyen und Syrien. Letztlich beharrten jedoch auch Präsident Abbas und die USA sowie Israel auf der Vermittlung durch Ägypten. Ägypten wiederum mäßigte die Einstellung gegenüber der Hamas und öffnete die Kommunikationskanäle wieder. Das Land hatte bereits eine Woche nach Kriegsbeginn einen Vorschlag vorgelegt, dem zufolge zunächst die Kampfhandlungen eingestellt werden sollten und in einem zweiten Schritt innerhalb einer 48-Stunden-Frist Verhandlungen über die Konditionen eines nachhaltigen Waffenstillstands geführt werden sollten. Die aktuellen Verhandlungen in Kairo folgen diesem Model.

Zwei-Staaten-Lösung nur noch eine Illusion?

Noch nie war es für Palästinenser so schwer, an die Verwirklichung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung zu glauben, wie heute. Selbst in dem begrenzten Rahmen der Teilautonomie, die ihnen im Zuge des Oslo-Prozesses zubilligt wurde, lässt Israel nicht zu, dass die politischen Akteure Hamas und Fatah sich auf eine Versöhnung ein-

gen. Das dokumentiert die gegenwärtige israelische Politik deutlich. Selbst wenn ein Waffenstillstandsabkommen zustande kommt, das Verbesserungen für den Gazastreifen beinhaltet: Es bleibt unklar, welche Zukunftsperspektive Israel und die internationale Gemeinschaft den zwischen Mittelmeer und Jordan lebenden Palästinensern bieten. Auf palästinensischer Seite wird die Hamas nach einem künftigen Beitritt künftig durch die PLO ein größeres Mitspracherecht in den Verhandlungen fordern. Theoretisch würde die Hamas sämtliche bereits getroffene PLO Vereinbarungen übernehmen – auch die Prinzipienklärung von 1993, die die Anerkennung Israels als Präambel beinhaltet. Ob die Hamas darauf abzielt, den Beitritt mit einer Aufkündigung der Vereinbarungen oder einer Ausnahmeregelung zu verknüpfen, ist unklar.

Solange kein Einverständnis zwischen beiden Seiten über ein tragfähiges Modell besteht, wird der Konflikt auf diplomatischem Parkett oder mit militärischen Mittel fortgesetzt werden. Ruhe und Frieden für Israel wird es nur geben, wenn auch die Palästinenser Menschen- und Bürgerrechte in einem staatlichen Rahmen erhalten. Ob dies im Rahmen einer Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung realisiert wird, muss zwischen den Parteien vorzugsweise mit friedlichen und nicht mit gewaltsamen Mitteln ausgehandelt werden. Eine auf unbestimmte Zeit fortwährende Politik der Vertreibung und Besatzung sind die Palästinenser nicht bereit zu akzeptieren.

Die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Politik sollten sich dafür einsetzen, dass ein gerechter Friede geschaffen wird, damit Israelis und Palästinenser aus dem Kreislauf der Gewalt einen Ausweg finden. Das Scheitern der jüngsten Verhandlungsinitiative über die Zwei-Staaten-Lösung von US Außenminister Kerry sollte nicht hingenommen werden, denn die wiederholten Kriege führen politisch lediglich in eine Sackgasse.

Wenn Israelis und Palästinenser sich selbst überlassen werden, wird sich das palästinensische Leid fortsetzen und eine weitere Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft steht zu befürchten. Es ist zu begrüßen, dass die Hamas als politischer Akteur in Verhandlungen eingebunden wird, denn sie genießt große Unterstützung in der Bevölkerung und hat durch ihre wiederholten militärischen Aktionen bewiesen, dass ohne sie Frieden für Israel nicht möglich ist. Dies könnte auch künftig durch ägyptische Vermittlung geschehen, sollte sich das Verhandlungsmodell in Kairo als erfolgreich erweisen.



Über die Autorin

Ingrid Ross ist Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, Palästina.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-935-3